

# „Da war Verdrängung am Werk“



Susannah Heschel hat die postkoloniale Theorie in die Judaistik eingeführt. Nach dem 7. Oktober kritisiert sie, dass die amerikanische Linke wie Trump agiert, und erinnert an die Ideen der Aufklärung

Interview Ulrich Gutmair

**wochentaz: Frau Heschel, wie haben Sie den 7. Oktober erlebt?**

**Susannah Heschel:** Ich bin nachts aufgewacht, habe kurz auf mein Telefon geschaut und erschrak über die Nachrichten. Über den Tag kamen weitere dazu. Es war ein Samstag, ich ging in die Synagoge, schaute mich um und dachte: Ihr wisst noch gar nicht, was passiert ist. Alles ist vorbei, die Zeit der Unschuld ist vorbei. Ich war niedergeschmettert. Ich habe mir überlegt, gleich am Montag ein Treffen mit den Dozent\*innen meines Fachbereichs Judaistik am Dartmouth College zu organisieren. Aber dann rief mich mein Freund Tarek El-Ariss an, der Professor für Nahoststudien ist. Er meinte: Du musst auch die Studierenden einladen. Am Montag zeigte sich schnell, dass der Raum zu klein war für den Andrang. Wir hatten aber einen Livestream. Am Dienstag gab es eine zweite Aussprache, diesmal in einem größeren Raum.

**Wie war die Stimmung?**

Alle waren bestürzt. Ein deutscher Masterstudent rief mich an. Er war am Wochenende auf einer Konferenz an der University of Virginia gewesen. Als dort die Nachrichten über den Überfall der Hamas eintrafen, wurde auf dem Campus gefeiert. Tarek erzählte mir, was er im arabischen Twitter las. Er sagte: Es ist sehr schlimm, so schlimm war es noch nie. Auch das war schockierend. Eine Gräueltat war verübt worden – und die Leute feierten sie. Wann gibt es sowas?

**Ist der Nahostkonflikt für junge Leute in den USA ein symbolischer Konflikt, auf den andere Probleme projiziert werden?**

Ja, Israel wird da zum Symbol für etwas anderes. Und es gibt eine Krisenstimmung und eine gewisse Hysterie. Trump hat die Leute hysterisch gemacht. Das macht nun auch die Linke. Zu Trumps Methode gehört das Shaming, Leute anzuprangern und sich über sie lustig zu machen. Er machte Witze über einen Journalisten mit einer Behinderung und die Leute machten begeistert mit. Nun werden Israel und

Juden an den Pranger gestellt und die Linke will sich nicht eingestehen, dass ihre Politik von den Rechten kommt.

**Viele Progressive in den USA scheinen vergessen zu haben, dass es eine gemeinsame afroamerikanisch-jüdische Geschichte der Bürgerrechtsbewegung gibt. Ihr Vater, Rabbiner Abraham Joshua Heschel nahm 1965 mit Martin Luther King am dritten Marsch von Selma nach Montgomery teil.**

Das wurde zum Teil vergessen, ja. Entscheidender ist, dass die amerikanische Linke die Bürgerrechtsbewegung nicht für progressiv und links genug hält. Es gibt da eine große Ablehnung. Es gab Martin Luther King – und es gab Malcolm X.

**Die Progressiven kommen aus dem Malcolm-X-Lager.**

Richtig. Und sie vergessen, was Bernice Reagon, eine der Anführerinnen des Civil Rights Movement, gesagt hat: Wenn in einer Koalition alle einer Meinung sind, ist es keine Koalition. Das ist heute das Problem, unter anderem bei Black Lives Matter. Juden, die Zionisten, Frauen, die Zionistinnen sind, halten sie für inakzeptabel. Dann ist es aber keine Koalition. Wem soll das nützen?

**An vielen amerikanischen Universitäten gab es so hässliche Szenen wie in Virginia. Bei Ihnen im Dartmouth College wurde vorbildlich diskutiert?**

Wir haben der Auseinandersetzung eine Tonalität gegeben: Wir haben respektvoll miteinander gesprochen. Wir waren ruhig. Als Reaktion darauf waren auch die Studierenden ruhig, respektvoll und höflich. Ich fand es allerdings irritierend, dass sich einige Studierende vor allem mit dem Wortlaut von Statements befassten, die es nun abzugeben gelte. Ich denke, da war Verdrängung am Werk. Sie wussten einfach nicht, wie sie mit ihren Gefühlen umgehen sollten.

**Die Präsidentinnen von Harvard, dem Massachusetts Institute of Technology und der University of Pennsylvania wurden von einem Kongress-Komitee befragt. Sie waren nicht in der Lage, die Frage, ob Aufrufe zum**

**Genozid an Juden gegen die Regeln ihrer Universitäten verstoßen, mit einem klaren Ja zu beantworten. Inzwischen trat die Präsidentin der Upenn zurück, nun auch Claudine Gay von Harvard.**

Die Präsidentinnen sagten, sie seien in eine Fall der Republikaner getappt. Das Problem mit den Republikanern ist: Sie wenden sich lautstark gegen jegliche Zensur, aber dann beklagen sie sich darüber, wenn Studierende die BDS-Kampagne gegen Israel unterstützen.

**„Cancel Culture“, das sind immer die anderen.**

Exakt. Bei dem Hearing konnte man sehen, dass die Präsidentinnen solche Befragungen nicht gewohnt sind. Aber auch, dass sie sich zwar für Diversität einsetzen, aber anscheinend keine jüdischen Freund\*innen haben. Sie haben sich unsensibel geäußert. In Dartmouth haben wir einfach gemacht, worum wir uns auch sonst bemühen. Im Herbst habe ich ein Seminar gegeben, wir waren zu acht. Ein orthodoxer jüdischer Student war darunter, weitere Juden, ein Palästinenser und einige Christen. Sie haben sich angefreundet. Ich wusste, dass es an der Uni auch einen palästinensischen Studenten der Ingenieurwissenschaften gibt. Ich habe ihm geschrieben und gefragt, wie es ihm geht. Es gehört für mich zur Lehre, dass man sich umeinander kümmert.

**Eines Ihrer Forschungsgebiete befasst sich mit der Erforschung des Orients durch jüdische Gelehrte. Warum interessierten sich so viele junge, jüdische, deutsch sprechende Intellektuelle im 19. Jahrhundert für den Islam?**

Manchmal war es schlicht Zufall: Da gibt es an einer Universität einen guten Professor, der gern jüdische Studenten aufnimmt. Das war bei Abraham Geiger so an der Universität Bonn. Andererseits sprachen diese jungen Männer hervorragend Hebräisch und kannten die klassischen rabbinischen Texte so gut wie ein orthodoxer Rabbiner. Motiviert wurden sie von dem Wunsch, mehr über Religion als solche zu ler-

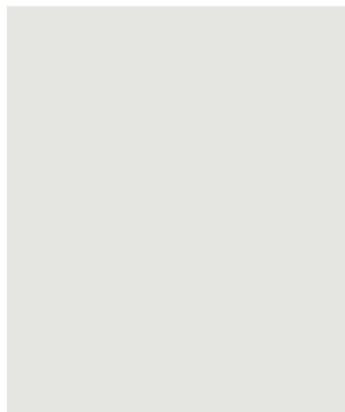


Photo:xy

**Ich bin ein taz-Blindtext.**

Ich bin ein taz-Blindtext. Von Geburt an. Es hat lange gedauert, bis ich begriffen habe, was es bedeutet, ein blinder Text zu sein: Man macht 05 keinen Sinn. Man wirkt hier Ich bin ein taz-Blindtext. Von Geburt an. Es hat lange gedauert, bis ich begriffen habe, was es bedeutet, ein

nen. Sie wollten verstehen, wie das Judentum in die westliche Welt passt. Und sie wollten zeigen, dass wer Christentum und Islam verstehen will, sich mit dem Judentum befassen muss. Ähnliches machten zur selben Zeit die Gelehrten der islamischen Aufklärung, die sagten: Ihr Europäer meint das Arabische zu verstehen, das stimmt aber nicht. Ihr braucht uns.

**Das klingt sehr aktuell.**

Eben das versuche ich meinen Studierenden zu erklären, wenn wir über den Krieg in Gaza sprechen. Denkt komplex, nicht in einem Narrativ. Sucht nicht nach dem Schurken. Nur Kinder brauchen das – hier die Märchenfee, dort die böse Hexe. Wir müssen stattdessen darüber nachdenken, wie wir denken.

**Viele jüdische Orientalisten bezogen eine anti-kolonialistische Position. Sie sahen, was der Kolonialismus den Menschen antat, für deren Sprache, Kultur und Religion sie sich interessierten.**

Ich habe die postkoloniale Theorie in die Judaistik eingeführt. In meinem ersten Buch habe ich zu zeigen versucht, dass die damalige Situation der Juden in Deutschland derjenigen der Kolonisierten glich. In der Zeit der Emanzipation wurde ihr Leben durch Verordnungen geregelt und eingeschränkt.

Sie brauchten etwa eine Erlaubnis, um an einem Ort leben zu dürfen. Sie bekamen Rechte, die ihnen jedoch jederzeit wieder entzogen werden konnten. Es hieß: Du darfst jetzt studieren. Aber Professor werden darfst du nicht! Genauso behandelten die Kolonialmächte die von ihnen Unterworfenen.

**Die jüdischen Forscher verstanden den Kolonialismus also aus eigener Erfahrung.**

Dekolonisierung heißt heute, zu hinterfragen, wer dieses ominöse „Wir“ ist, wenn „wir“ über „unsere Geschichte“ sprechen. Das haben diese Forscher damals schon gemacht. Sie sagten den christlichen Deutschen: Ihr könnt nicht einfach „wir Christen“ und „unser Neues Testament“ sagen. Ihr müsst verstehen, dass es auch das rabbinische Judentum gibt.

**Wie wichtig waren Ideen der Aufklärung für die jüdischen Orientalisten?**

In Deutschland schauten sie vor allem auf Kant. Sie verfochten die Idee, dass Menschsein etwas Universelles ist. Unser Problem ist, dass wir die Ideen der Aufklärung verworfen haben. Heute sagen Leute, Vergewaltigung als Kriegswaffe ist schrecklich, aber wenn die Hamas Jüdinnen vergewaltigt, ist das okay. Wenn so argumentiert wird, gibt es keine universellen Menschenrechte mehr. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wenn das nicht mehr gilt, was passiert dann mit dem menschlichen Wissen? Wir sprechen darüber, das Curriculum zu dekolonisieren. Aber tun wir das wirklich? Oder erhöhen wir eine Gruppe über die andere und sagen: Ihr gehört nicht länger der menschlichen Gemeinschaft an? Das wird heute über Israel gesagt. Der Glaube an den universellen Charakter des Menschseins war die Grundlage für Bildung, Wissenschaft und Philosophie im 19. Jahrhundert. Das wurde einst von den Nazis bekämpft, und heute von Teilen der Linken. Wo ist die Idee der Einigkeit geblieben? Wo die Idee des Universellen? Natürlich wird Trump gewinnen, wenn die Linke so agiert.

Ich bin ein taz-Blindtext. Von Geburt an. Es hat lange gedauert, bis ich begriffen habe, was es bedeutet, ein blinder Text zu sein: Foto: Charles Del Vecchio/The Washington Post/Getty images

A4\_2017  
HeadlineSubhead 11/13,5pt  
Ich bin ein taz-  
Blindtext. Von Geburt

Von Name Nachname

ine wunderbare Heiterkeit hat meine ganze Seele eingenommen, gleich den süßen Frühlingmorgen, die ich mit ganzem Herzen genieße. Ich bin allein und freue mich meines Lebens in dieser Gegend, die für solche Seelen geschaffen ist wie die meine. Ich bin so glücklich, mein Bester, so ganz in dem Gefühle von ruhigem Dasein versunken, daß meine Kunst darunter leidet. Ich könnte jetzt nicht zeichnen, nicht einen Strich, und bin nie ein größerer Maler gewesen als in diesen Augenblicken.

Wenn das liebe Tal um mich dampft, und die hohe Sonne an der Oberfläche der undurchdringlichen Finsternis meines Waldes ruht, und nur einzelne Strahlen sich in das innere Heiligtum stehlen, ich dann im hohen Grase am fallenden Bache liege, und näher an der Erde tausend mannigfaltige Gräschen mir merkwürdig werden; wenn ich das Wimmeln der kleinen Welt zwischen Halmen, die unzähligen, unergründlichen Gestalten der Würmchen, der Mückchen näher an meinem Herzen fühle, und fühle die Gegenwart des Allmächtigen, der uns nach seinem Bilde schuf, das Wehen des Alliebenden, der uns in ewiger Wärme schwebend trägt und erhält; mein Freund! Wenn's dann um meine Augen dämmert, und die Welt um mich her und der Himmel ganz in meiner Seele ruhn wie die Gestalt einer Geliebten – Ich bin ein taz-Blindtext. Von Geburt an. Es hat lange gedauert, bis ich begriffen habe, was es bedeutet, ein blinder Text zu sein: Man macht 05 keinen Sinn. Man wirkt hier und da aus dem Zusammenhang gerissen. Oft wird man gar nicht erst gelesen. Aber bin ich deshalb ein schlechter Text? 10 Ich weiss, dass ich nie die Chance haben werde, in taz zu erscheinen. Aber bin ich darum weniger wichtig? Ich bin blind! Aber ich bin gerne Text. 15 Und sollten Sie mich jetzt tatsächlich zu Ende lesen, dann habe ich etwas geschafft, was den meilich bin ein taz-Blindtext. Von Geburt an. Es hat lange gedauert, bis ich begriffen habe, was es bedeutet, ein blinder Text zu sein: Man macht 05 keinen Sinn. Man wirkt hier und da aus dem Zusammenhang gerissen. Oft wird man gar nicht erst gelesen. Aber bin ich deshalb ein schlechter Text? 10 Ich weiss, dass ich nie die Chance haben werde, in taz zu erscheinen. Aber bin ich darum weniger wichtig? Ich bin blind! Aber ich bin gerne Text. 15 Und sollten Sie mich jetzt tatsächlich zu Ende lesen, dann habe ich etwas geschafft, was den meisten „normalen“ Texten nicht gelingt. Ich bin 20 taz-Blindtext. Von Geburt an. Es hat lange gedauert, bis ich begriffen habe, was es bedeutet, ein blinder Text zu sein: Man macht keinen Sinn. Ich bin ein 25 taz-Blind

Der Machtwechsel nach der Abwahl der PiS verursacht gemischte Gefühle: der neue Regierungschef Donald Tusk (2. v. l.) und Berater  
Foto: Zbyszek Kaczmarek/Forum/laif



## Ans Eingemachte

In Polen erweist sich der Machtwechsel politisch und gesellschaftlich als kompliziert. Und im Kulturbereich drohen Budgetkürzungen

Aus Warschau **Agata Pyzik**

Trotz des historischen Wahlsiegs der Opposition bei den polnischen Parlamentswahlen im vergangenen Herbst, der den Anfang vom Ende der achtjährigen Amtszeit der rechtspopulistischen Regierungspartei PiS einläutete, erwies sich der eigentliche Prozess der Machtübergabe an den Wahlsieger Donald Tusk bislang als Herausforderung.

Ein Vorgeschmack auf die Mühen, die nach zwei quälenden Monaten des Wartens bevorstanden, war die Vereidigung des neuen Kabinetts just am 13. Dezember durch Staatspräsident Andrzej Duda. Diesen Termin hatte das Staatsoberhaupt bewusst gewählt, ist es doch zugleich der Jahrestag der Ausrufung des Kriegsrechts durch die kommunistischen Machthaber unter General Jaruzelski 1981. Jaruzelski glaubte damit seinerzeit einer sowjetischen Invasion zuvorzukommen.

Duda verlegte die Vereidigung allein deshalb auf diesen Tag, um Vergleiche anstellen zu können zwischen der neuen prowestlich orientierten linksliberalen Regierung und den prosozialistischen polnischen Machthabern der frühen Achtziger. Durch die Linksliberalen stünde in Polen, laut Duda, ein neuer „Kommunismus“ bevor, was die PiS-Mission vom „Make Poland great again“ unterminiere. War das ein wohlge-setzter Nadelstich oder doch eher ein verzweifelter Stunt, mit dem Duda nochmals seine präsidentalen Muskeln spielen ließ, bevor er auf die Zielgerade seiner Amtszeit einbiegt?

Duda – stets loyal zur PiS-Partei – tat alles, um die Machtübergabe zu verzögern: Zunächst dehnte er die parteiinternen PiS-Beratungen auf einen Monat aus, um dann Mitte November den bisherigen Amtsinhaber, Mateusz Morawiecki, erneut zum Premierminister zu ernennen, obwohl die PiS am 15. Oktober klar die Mehrheit verfehlt hatte. Ein arg durchsichtiges Manöver, zumal bei einer Partei, die Rechtsstaatlichkeit regelmäßig missbraucht hat, um sie nach Gutdünken außer Kraft zu setzen. Letztendlich blieb das Intermezzo aber eine leere politische Geste, da die Interimsregierung schnell wieder von der Parlamentsmehrheit abgewählt wurde.

In seiner Regierungserklärung betonte der neue Premierminister Donald Tusk die Notwendigkeit, den Zusammenhalt der polnischen Gesellschaft zu stärken, nachdem diese in den zurückliegenden Jahren demoralisiert worden war und erheblich unter der Aushöhlung des Rechtsstaats durch die PiS zu leiden ge-

habt hatte. Tusk verglich den gegenwärtigen Moment in der Geschichte des Landes mit dem Wirbel, den die Streikbewegung durch Solidarność 1980 entfacht hatte, und mit den ersten freien und demokratischen Wahlen am 4. Juni 1989.

Die Rückkehr von Tusk als Premierminister ist der Beweis, dass Polen das Zweiparteiensystem nach wie vor nicht überwunden hat. Wahlsieger müssen hier grundsätzlich einen antikommunistischen Background haben und ihre Opponenten zugleich als Kommunisten abwerten. Eine Konsequenz: Obwohl das neue linke Bündnis Lewica ebenfalls Teil der Regierungskoalition ist, sitzen seine Vertreter:innen nicht mit auf der Regierungsbank.

Tusk erinnerte auch an das Manifest des „grauen Manns“, das Piotr Szczyński verfasste, bevor er sich 2017 vor dem im stalinistischen Stil erbauten Justiz- und Kulturpalast in Warschau verbrannt hat, aus Protest gegen die Polarisierung der polnischen Gesellschaft durch die PiS und ihr populistisches, antiwestliches und ausländerfeindliches Po-

**Dass Tusk und seine Leute Minderheiten wie LGBTQ und Migranten nicht gleich attackieren, ist eine gute Nachricht**

litikverständnis. Man könnte diese Geste von Tusk als sentimental abstempeln – oder aber als Zeichen dafür werten, dass seine neue Regierung angetreten ist, um alles, was die Vorgänger angerichtet haben, rückgängig zu machen.

Was bedeutet das in der Praxis? Es geht jedenfalls sofort ans Eingemachte. Zunächst mussten die offensichtlichsten Elemente der PiS-Propagandaberieselung in den landesweiten Medien abgeschaltet werden. Als erste Amtshandlung entthob Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz quasi über Nacht die Leitungsebene der öffentlich-rechtlichen TV- und Radiosender ihrer Ämter. Das führte zu Protesten, wenn gleich nur 150-prozentige PiS-Parteimitglieder wirklich laut über diese Entscheidung murrten. Und natürlich Staatspräsident Duda, der sein Veto gegen eine staatliche Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen einlegte, weil die Entlassungen angeblich einen Bruch geltender Gesetze darstellen. Diese Säuberung könnte letztendlich zu einem Niedergang der öffentlich-rechtlichen Medienlandschaft Polens führen, zumin-

dest müssen die Sender ein Ende ihrer staatlichen Alimentierung befürchten (das Geld soll stattdessen in die Krebsforschung fließen).

Das lässt ähnlich gemischte Gefühle aufkommen wie nach dem Austausch von PiS-treuem Personal in den Kulturinstitutionen. Denn der ging Hand in Hand mit dem politischen Willen, gleich die Budgets der Institutionen zu beschneiden. So erging es etwa Janusz Janowski, dem Direktor des Nationalmuseums Zacheta Galerie, der als Gestalter von nationalistischen Setzungen beim polnischen Pavillon für die Kunstbiennale Venedig berufen worden war, aber nun ebenfalls entlassen wurde. Folgt also aus dieser Politik, dass Kultur nur noch nach marktwirtschaftlichen Gegebenheiten funktioniert, dass Kultur also nur möglich ist, wenn sie sich finanziell selbst trägt?

Immerhin gibt es Signale, dass die neue Tusk-Regierung nicht vollkommen marktglaublich ist. So sprach sie sich ausdrücklich dafür aus, den Wohlfahrtsstaat zu stärken, etwa in der Förderung von Kindern im Programm „500 Złoty plus“. Solche Politikelemente fehlten in Tusks erster Regierungszeit als Premier von 2007 bis 2014. Außerdem verspricht die Regierungskoalition, die Löhne im Dienstleistungssektor zu erhöhen, Lehrerinnen und Ärzte sollen mehr Geld bekommen. Für das Gesundheitswesen werden die öffentlichen Ausgaben erhöht, ebenso für den Bau von Sozialwohnungen. Auch soll die Finanzpolitik transparenter gehandhabt werden.

Die frischgebackene Regierung garantiert auch, dass sie EU-Fördergelder nicht mehr blockieren wird. Diese werden in Polen als „Nationales Gesundheitsprogramm“ deklariert und unterstützen etwa die Umstellung auf erneuerbare Energien und die Modernisierung der polnischen Wirtschaft. Die erste Tranche wurde von EU-Präsidentin Ursula von der Leyen bereits angewiesen.

Entscheidend sein wird nun zudem, dass der Verfassungszusatz über ein striktes Verbot der Abtreibung zurückgenommen wird. Ob es dazu kommt, ist allerdings fraglich. Christdemokraten und Bauernpartei, beide Teil der Regierungskoalition, wollen davon bisher nichts wissen. Ähnlich verhält es sich bei der gesetzlichen Verankerung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Die durch den Handelsstreit ramponierten Beziehungen zur Ukraine müssen im Lichte der neuerlichen brutalen russischen Bombardements auf das Nachbarland dringend verbessert werden. In seiner Regierungserklärung betonte Tusk

daher gleich ein Bedürfnis nach mehr „Sicherheit“. Ein geschickter Schachzug. Tusk betont damit die Notwendigkeit, die Ukraine aktiv in der Abwehr des russischen Angriffs zu unterstützen, und stärkt zugleich die Position Polens innerhalb der EU, auch in der Staatengemeinschaft nötige Gelder für die bessere militärische Ausrüstung der Ukraine zu mobilisieren.

Ende Dezember kam Tusk zum Antrittsbesuch nach Brüssel, nun folgt ein Besuch in Estlands Hauptstadt Tallinn, wo er mit seinen baltischen Amtskolleg:innen über den Grenzschutz sprechen wird. In den vergangenen zweieinhalb Jahren sah sich das Baltikum an der EU-Außengrenze einem hybriden Krieg seitens Belarus und Russlands ausgesetzt. Die beiden Diktaturen benutzten dafür Flüchtlinge, vor allem aus dem Mittleren Osten, die sie über die Grenzen schleusten. Tusk hat sich dafür ausgesprochen, stärker auf die humanitäre Situation der Flüchtlinge zu achten.

Woran es ihm allerdings mangelt, ist eine Vision, wie genau die Rolle eigentlich aussehen soll, die Polen im Konzert Europas und in der Welt zukünftig spielen soll. Er hat sich noch nicht dazu geäußert, was passiert, wenn Donald Trump im November die US-Wahl gewinnen sollte, wie sich Polen Russlands aggressiver Expansionspolitik entgegenstellen muss und was Polen tun kann, um einen Flächenbrand im Nahen Osten zu verhindern.

Im Lichte des beschädigten polnischen Selbstwertgefühls wird der Fokus der neuen Regierung in den ersten Monaten sicherlich auf der Reparatur der Gesellschaft liegen und auf der Beseitigung von Altlasten ihrer Vorgänger im Amt. Allein die Tatsache, dass Tusk und seine Leute Minderheiten wie LGBTQ und Migranten nicht gleich attackieren, ist schon mal eine gute Nachricht. Dennoch bleibt die Frage unbeantwortet, welche frischen Ideen die Regierung entwickeln wird, um die polarisierte Gesellschaft wieder zu einen.

In seiner Antrittsrede erwähnte Tusk etwas oft Papst Johannes Paul II. und die katholische Kirche, als wäre das Herausbeschwören jener antiquierten Art von polnischer Identität unverzichtbar. Gut, dass es in seiner Regierungsmannschaft eine Reihe schlauer, linksliberaler Politikerinnen wie die Familienministerin Agnieszka Ewa Dziemianowicz-Bąk gibt, denn damit wächst die Hoffnung, dass sie die polnische Politik nach innen und außen zukunftsfähig gestalten können.

Aus dem Englischen von  
Julian Weber

Von Robert Schlücker

Kunst der DDR vermittelten hiesige Museen nach 1990 gern entlang fester Argumentationslinien: Beachtenswert sei eigentlich nur, was aus den schummrigen Ecken der DDR-Gesellschaft gekommen, was gegen die staatliche Kulturpolitik und ihren ästhetischen Vorgaben des Sozialistischen Realismus entstanden war. Galt die Arbeit politisch anerkannter Künstler:innen vornehmlich als anti-intellektuell und provinziell, versprach die Subkultur eine gewisse Auflehnung und einen an westlichen Diskursen geschulten Internationalismus.

Ohne Frage ist es wichtig, Künstler:innen zu würdigen, die vom DDR-Apparat verfolgt und zensiert wurden. Allerdings kann man mittlerweile auch differenzierter auf eine Kunst schauen, die mit dem Realsozialismus konform ging. Denn auch sie ist in einer Grauzone entstanden, liegt zwischen politisierter Kulturförderung und persönlichen künstlerischen Anliegen – und sie schaut dabei häufiger als vermutet über die eigenen Landesgrenzen. Welch eine globale Dimension auch die offizielle Kunst der DDR war, untersucht aktuell die Ausstellung „Revolutionary Romances?“ im Dresdener Albertinum.

Im Zentrum der Schau steht damit schnell die Verzahnung von Außen- und Kulturpolitik: Als Fidel Castro im revolutionären Kuba den Marxismus-Leninismus durchsetzte und sich Anfang der 1960er Jahre in Afrika zahlreiche Länder von den europäischen Kolonialmächten unabhängig erklärten, schien die Vorstellung einer weltumspannenden sozialistischen Bewegung in greifbare Nähe zu rücken. Folglich wurden internationale Solidarität und Völkerfreundschaft als offizielle Losungen herausgegeben – auch für die Künstler:innen in der DDR. Dementsprechend ähnlich wirkt das Vokabular von individueller und offizieller Kunst: erhobene Fäuste und Waffen, historische Heroen wie Marx oder Lenin und zeitgenössischen Helden wie Che Gue-

## Zweckdienlich romantisch

Eine Ausstellung in Dresden zeigt Kunst der DDR, die aus politischen Verbindungen mit sozialistischen Bruderstaaten entstand. Auch sie zeigt ihre Ambivalenzen

vara. Auch Kunst aus befreundeten Staaten wurde damals in die öffentlichen Sammlungen der DDR aufgenommen, und ist bis heute kaum gezeigt. Die Ausstellung holt sie wieder hervor, zu sehen ist nun die agitative Comicästhetik eines Mankeu Valente Mahumana, der aus Mosambik als Vertragsarbeiter in die DDR kam. Ausgemergelte Menschenmassen bedrängen auf „Das Volk im Jahr 1974“ zwei Kolonialsoldaten. Das von kräftigen, flächigen Farben markierte Bild entstand während des mosambikanischen Unabhängigkeitskampfes gegen Portugal.

DDR-Künstler:innen konnten dann aber auch schwierigen Stereotypen verfallen. Auf Walter Arnolds expressionistische

Holzfigurengruppe „Vorwärts und nicht vergessen – die Solidarität“ (1967) etwa scheint der vietnamesische Soldat hinter seinem europäischen Beschützer zu verschwinden. Als Socialist Chromatism bezeichnet der kanadische Historiker Quinn Slobodian diese abwertenden Rollenzuschreibungen, die allgemein in sozialistischen Bildfindungen auftauchen können. Die haben ohnehin ihre blinden Flecken: Während in der BRD Künstler wie Klaus Staeck mit Protestpostern gegen den von den USA unterstützten Diktator Pinochet noch als rebellisch durchgingen, gehörten ähnlich plakative Künstler-Statements in der DDR zum guten Ton, über gleichermaßen imperialistische Umtriebe der Sowjet-

union schaute man jedoch hinweg. Dieses politisch gelenkte Hin- und Übersehen – ein Socialist Gaze – bespricht auch ein zeitgenössisches Video von Dana Lorenz – einer von mehreren künstlerischen Hinweisen auf aktuelle Diskurse, welche die historische Ausstellung ergänzen.

Die stilistische Bandbreite, mit der Künstler:innen damals am weltpolitischen Geschehen Anteil nahmen, ist groß. Eine „Demonstration“ brachte 1975 die Dresdnerin Margarita Pellegrin als buntes Muster mit abstrahierten Menschenfiguren auf einen langflusigen Wandteppich, angeregt durch ihre Eindrücke aus Chile, das sie nach dem Putsch von Pinochet 1973 gemeinsam mit ih-

rem Ehemann Hernando León verlassen musste. Geknüpft waren solche internationalen Kontakte jedoch an eine gewisse Konformität. Lea Grundig etwa, die als Jüdin und Kommunistin von den Nazis verfolgt wurde, machte in der DDR als Kunstprofessorin Karriere und genoss politische Anerkennung. Von den Reisen nach China, Kambodscha oder Sri Lanka, die ihr der Status als Kulturfunktionärin ermöglichte, brachte sie eigene Zeichnungen und Arbeiten ihres internationalen Netzwerks in die DDR-Sammlungen. Weniger etablierte Kreative mussten auf der Suche nach interkulturellem Dialog auf die Post zurückgreifen: mithilfe von Mail Art – einer Art Kettenbrief voller Kunstwerke und Texte – wurde das heimli-

che Teilen von Informationen und Adressen zur künstlerischen Strategie der Opposition. So nutzte Blast Al Ackermann die Post 1978 so selbstironisch wie regimekritisch als er seine eigene Unterhose mit einem Selbstporträt bemalte und an eine bekannte Galerie adressierte. Mit Werken der Vietnamesin Trnh Kim Vinh schließt die Ausstellung mit einem kaum bekannten Kapitel der DDR-Kunstgeschichte. Als eine von über 50 Gaststudierenden aus Asien, Afrika und Lateinamerika studierte sie bis 1973 an der Dresdener Kunsthochschule. Ihre bedrückend nüchternen Lithografien vom Krieg in Vietnam zeigen kämpfende Frauen mit strengem Blick und geschulterter Waffe nicht die typischerweise dargestellten Männer. Vinhs Arbeit steht damit exemplarisch für die Ambivalenzen vieler der gezeigten Werke, die sich aus der politischen Instrumentalisierung von Kultur und den individuellen, immer wieder auch kritischen Neuperspektivierungen der Kunstschaffenden ergibt.

„Revolutionary Romances? Globale Kunstgeschichten in der DDR“: Albertinum Dresden, bis 2. Juni 2024



BU Foto: xy

Anzeige

Premiere 27. Januar 2024 18 Uhr

Weitere Vorstellungen 1./5./9./15. Februar 2024

Oper von George Benjamin

# Written on Skin

Musikalische Leitung Marc Albrecht  
Inszenierung Katie Mitchell

Infos und Karten  
www.deutscheoperberlin.de  
030 343 84 343

DEUTSCHE OPER BERLIN

© Pascal Victor / ArtComPress